

Reiner Bischoff
 Brühlstr. 13
 73527 Täferrot
 Tel: 07175/6511

25.3.2005

Ein Aufruf an alle politisch Verzweifelnden

Die Verbesserung unseres Geldsystems ist unabdingbar

Eine Zeitenwende bahnt sich an, wie es sie seit Jahrtausenden nicht gegeben hat. Zum Guten? Zum Schlimmeren? Die gepeinigte Natur gerät immer häufiger in Aufruhr. Die USA fühlen sich berufen, der ganzen Welt mit ihren Wunderwaffen Frieden, Freiheit und Demokratie zu bringen. Die Türkei drängt in die EU – die Auflösung der in langen Zeiträumen herangewachsenen Völker ist in vollem Gange. Was steckt dahinter? Was treibt diese unselige Entwicklung voran? Was kann man dagegen tun? In der vorliegenden Abhandlung wird versucht – erfreulicherweise nicht erstmals in dieser Zeitung – darauf aus geldkritischer Sicht eine Antwort zu geben. Den Verfasser würde es freuen, wenn hierzu eine lebhaftige Aussprache zustandekäme. Die nachfolgend stichwortartig vorgetragenen Thesen sollen dazu anregen.

1. Der nationale Niedergang ist lediglich Teil eines sich verschlimmernden weltweiten Katastrophen-Szenarios: Naturverwüstung; Gemeinschaftszerfall; Kulturvernichtung; Demokratieabbau; Massenarbeitslosigkeit; immer schärfere soziale Gegensätze; Verschuldungsnot; Nord-Süd-Konflikt; ungleichgewichtige Menschenvermehrung; neue Völkerwanderungen; usw. usf..
2. Die Hauptursache dieser und weiterer Bedrängnisse ist an erster Stelle die immer noch ungelöste soziale Frage. Sie trägt einen bekannten Namen: Kapitalismus.
3. Der Kapitalismus ist nicht mit Markt- bzw. Wettbewerbswirtschaft gleichzusetzen. Im Gegenteil, er zerstört letztere.
4. Westlicher Konzernkapitalismus und Marxismus-Kommunismus (d.h. Staatskapitalismus) sind in Wahrheit zwei sehr ähnliche Systeme. Beim letzteren haben die zentralistischen und monopolistischen Bestrebungen lediglich ihr Endstadium erreicht.
5. Kapital ist „eine zinsbringend angelegte Geldsumme“ (Brockhaus in einem Band, Ausgabe 2002). Kapitalismus ist demnach nichts anderes – als Zinswirtschaft (und zudem Börsenwirtschaft).
6. In jeder Gesellschaft waren bislang, und sind heute noch, die zinsbringenden Geld- und Sachvermögen sehr ungleich verteilt. Der Zins (freilich auch anderes) führt deshalb, siehe das Unterhaltungsspiel Monopoly, zu einer unaufhörlichen Vermögensübertragung von der Arbeit zum Besitz. Er vertieft unausgesetzt die Kluft zwischen Viel- und Wenigverdienern. *Spiegel* (49/2004): „Daß die Reichen immer reicher werden, ist jedoch nicht allein der Regierung anzulasten. Denn Vermögen mehrt sich durch Zins und Zinseszins automatisch. Wer erst einmal über einen gewissen Reichtum verfügt, kann eigentlich nur noch reicher werden.“ Freilich, den kleinen Sparern bleibt von ihren Zinseinkünften – nach deren Verminderung durch Inflation und Besteuerung – nicht viel übrig. Anders sieht es bei den Reichen aus: „Allein zwischen 1997 und 2002 vermehrte sich der Kontostand der Multimillionäre mit einer Wachstumsrate von beinahe zwölf Prozent pro Jahr.“ (*Spiegel*, 23/2004) Im Jahr 2001 sind laut demselben Magazin (33/2002) mindestens 180 Mrd. Euro Zinsen allein auf Geldvermögen angefallen. Dazu muß man noch – wenigstens – 50 Mrd. Euro Zinseinkünfte aus Sachvermögen (einschließlich Grundbesitz) hinzuzählen. Franz Alt (*Junge Freiheit*, 3.9.2004): „Die vier reichsten US-Bürger haben heute mehr Geld als die eine Milliarde der Ärmsten.“
7. Geld regiert die Welt, heißt es. Stimmt. Denn Leute, die sehr viel freies Kapital ihr eigen nennen, haben leider, sofern sie sich politisch betätigen wollen, unzählige Möglichkeiten der Einflußnahme: indem sie Medien aufkaufen; indem sie die entscheidenden Stellen und Ämter mit ihnen Hörigen besetzen; indem sie Kampagnen oder gar Aufstände anzetteln; usw. usf.
8. Die Börse, eine rein kapitalistische Hervorbringung, stellt eine weitere Gelegenheit dar, um die Masse der Menschen durch unzählige Kniffe, die nur den Geldmächtigen zur Verfügung stehen, erbarmungslos auszuplündern.

9. Zinsgeld ist von Hause aus lebensfeindlich: Es wird im Regelfall nur dort eingesetzt, wo noch eine Rendite zu erwirtschaften ist. Die wahren Bedürfnisse der Menschen geraten dabei immer mehr ins Hintertreffen. Dasselbe Schicksal erleiden bewährte Moralbegriffe bzw. wertbezogene Handlungsweisen.

10. Es ist eine leidige Erfahrungstatsache, daß die Wirtschaft unaufhörlich wachsen muß, wenn die Massenarbeitslosigkeit sich nicht noch verschlimmern soll. Seltsamerweise befassen sich die Fachleute anscheinend nicht mit der Frage, weshalb das so ist. Obwohl es eine Antwort gibt: Hauptsächlich zinseszinsbedingt nehmen die Geldvermögen in einer Volkswirtschaft unaufhörlich zu. Spiegelbildlich dazu geht – weil übriges Geld im Regelfall renditebringend angelegt ist – die Verschuldung von Wirtschaft, Staat und Privathaushalten in die Höhe. Vor allem daraus ergibt sich das Grundgebot des Kapitalismus: wachsen oder weichen. Denn die zunehmenden Zinslasten, die sichtbaren und die verdeckten (d.h. die in den Steuern und in den jährlichen Lohnerhöhungen verborgenen), nötigen die Unternehmen zu einer immerfortigen Produktionsausweitung.

11. Dieser zinseszinsverursachte Wachstumszwang ist die Hauptursache der beispiellosen Naturausplünderung unserer Tage. Zudem löst er eine schlimme Folgenkette aus: Überproduktion – Absatznöte – Verdrängungskämpfe – Rationalisierungszwang – Sieg der Kapitalstärkeren – Vernichtung alles Kleineren (allzuoft des Besseren!) – sodann: Zunahme der Großräumigkeit – noch mehr Zentralismus – Globalisierung.

12. Die Begleitumstände sind: Vernichtung gewachsener kleinräumiger Ordnungen; Absterben der Regionalwirtschaften; nomadenhaftes Umherschweifen der Arbeitsuchenden; Auslöschung der Vielfalt in Natur und Gesellschaft; Artenausrottung; Gleichmacherei; Auflösung gewachsener Gemeinschaften: der Familie, der Stämme, der Völker; extremer Internationalismus.

13. Letztendlich: ökonomischer und politischer Imperialismus; Weltbeherrschungspläne (s. Zbigniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht*).

14. Im Kapitalismus gerät die Entscheidungshoheit über wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorgänge, systemverursacht und unvermeidlich, immer mehr in die Hände überreicher Minderheiten – einer inzwischen global agierenden Hochfinanz. Es ist zwangsläufig eine böartige Machtzusammenballung, denn Zinsgeld ist seinem Wesen nach ausbeuterisch und erlegt lebensfeindliche Handlungszwänge auf (s. obige Ausführungen). Trotzdem mitzumachen heißt in vielen Fällen, sein Gewissen verleugnen zu müssen. Der weltbekannte Großspekulant George Soros, also ein Kenner der Zusammenhänge, schrieb dazu in seinem Buch *Die Krise des globalen Kapitalismus* (S.248): „*Die Skrupellosen gelangen nach oben. Das ist einer der beunruhigsten Aspekte des kapitalistischen Weltsystems.*“ Abmildernd sei gesagt: Böse ist vor allem das System, weniger die Menschen. Auch die heute Mächtigen sind, systembedingt, im wesentlichen Getriebene. Auch für die Masse der kleinen Leute gibt es kein Ausweichen. Denn es ist so gut wie unmöglich, sich aus dem alleszerstörenden Treiben gänzlich herauszuhalten.

15. Entscheidende Schlußfolgerung: Will eine politische Partei eine tatsächlich völkererhaltende und schöpfungsgemäße Politik betreiben, setzt das unabdingbar, will sie ihren hohen Ansprüchen genügen, die gleichzeitige Bemühung um die Überwindung des Kapitalismus – d.h. der Zins- und Börsenwirtschaft – voraus.

16. Zu dem Zweck muß zuallererst das altüberlieferte Geldwesen, auch das Bodenrecht (was hier nicht auch noch dargelegt werden kann), an einigen entscheidenden Stellen abgeändert bzw. verbessert werden. Der Zins stürbe dann von ganz alleine ab. (Zinsverbote, wie in ferner Vergangenheit üblich, oder staatliche Vergabe zinsloser Kredite, wie heute vereinzelt vorgeschlagen, führen nicht zum Ziel!)

17. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Überwindung der Zinstyranei ist lediglich eine erste, allerdings entscheidende Befreiungstat. Sie gleicht dem Aufstoßen einer Gefängnistür. Danach endlich ist Raum für eine zweite Herkulesarbeit: den Aufbau einer Gesellschafts- und Weltordnung gemäß den Geboten der Lebensrichtigkeit, was eine Unzahl von Einzelbemühungen erfordert.

Schlußfolgerungen für die politische Arbeit

Alle wahrhaft oppositionellen Kräfte, die ihre politische Aufgabe ernst nehmen, sollten unbedingt erkennen, daß die Verwirklichung ihrer Programmpunkte eine unverzichtbare Voraussetzung hat: die Überwindung des Kapitalismus. Andernfalls scheitern sie. Auch bei der Formulierung ihrer jeweiligen Forderungen und Lösungsansätze sollten sie immerfort die eigentliche Störursache – die ungelöste Geldfrage – mit im Auge behalten. Dazu ein Beispiel: Nicht ein weiterer Ausbau der kollektiven

Sozialabsicherung dürfte das Ziel sein (das ginge noch mehr in Richtung Kommunismus!), sondern die Beendigung der Ausplünderung der arbeitenden Mehrheit mittels Zins, Börse, Monopolen, Währungsschwankungen u.ä.m., wodurch die staatliche Fürsorge weitgehend überflüssig würde.

Fehlte es einer volks- und völkerbejahenden Partei an solchen tieferreichenden Kenntnissen, würde sie höchstwahrscheinlich, auch wenn sie in den Bundestag gelangt oder gar (was vorerst freilich unwahrscheinlich ist) die ungeteilte Regierungsmacht erränge, kaum imstande sein, eine wirklich andere Politik als die Altparteien zu betreiben. Die systembedingten, d.h. zinskapitalistischen Zwänge, wozu auch die globalen Vorherrschaftsverhältnisse und die Gegnerschaft der Medien gehören, sind übermächtig (s. obige Thesen). Ihren ursprünglichen Zielen könnte sie dann nur in sehr begrenztem Umfang treu bleiben. Die Grünen sind dafür ein warnendes Beispiel. Fast alle ihre wirklich guten Vorsätze – Austritt aus der Nato, Kriegsgegnerschaft, umfassender Naturschutz, usw. – mußten sie über Bord werfen; ihre zerstörerischen Vorhaben jedoch, die mit den Absichten der hintergründigen Planer einer „Neuen Weltordnung“ übereinstimmen – Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, sonstige Absonderlichkeiten – durften sie vorantreiben. Würde es nationalen Parteien sehr viel anders ergehen? Wohl kaum. Die FPÖ liefert hierzu gegenwärtig ein trauriges Anschauungsbeispiel: Seit sie in Wien mitregiert, ist sie kaum mehr wiederzuerkennen; und jetzt sorgte sogar Jörg Haider, ihr einstiger Obmann dafür, daß die wenigen Aufrechtgebliebenen durch die Gründung einer neuen Partei, der BZÖ, in eine machtlose „Alt-FPÖ“ abgedrängt wurden.

Alles also hoffnungslos? Mitnichten! Denn ausgestattet mit den Erkenntnissen über das wahre Wesen des Kapitalismus und über die geldtechnischen Möglichkeiten seiner Überwindung, hätten fortschrittliche Patrioten, auch zwecks Verwirklichung ihrer volksbezogenen Forderungen, weit umfassendere Handlungsziele. Im Wissen darum, was letztlich die großen Wirrnisse unserer Zeit verschuldet und wie sie zu bewältigen sind, könnten sie eine geradezu weltumwälzende bzw. -erneuernde Entwicklung anstoßen. Mit dem Parlament als Plattform ihrer Aufklärungstätigkeit würden sie sogar das große Publikum erreichen. Natürlich sollten sie dabei vorsichtig und taktisch besonnen vorgehen. Die Mithilfe bei der Schaffung regionaler Währungen könnte ein Anfang sein.

Freilich: Die Ingangsetzung eines öffentlichen Gespräches über eine bessere Währungsordnung dürfte bestimmten Leuten sehr mißfallen: den maßgeblichen Geldmagnaten; zielt dieses Vorgehen doch auf die einzige Stelle, an der sie wirklich verwundbar sind, sozusagen auf ihre Achillesferse. Denn die Fehlerhaftigkeit des gegenwärtigen Geld- und Bodenrechts ist die eigentliche Ursache und die Hauptgewähr für den Fortbestand ihrer Unrechtsherrschaft.

Doch sind die heutigen Weltherren keineswegs so allmächtig und unbesiegbar, wie es scheint. Abermillionen Menschen machen die Plackerei im jetzigen System nur unwillig mit. Wüßten sie, daß es einen beschreibbaren Ausweg gibt, würden nicht wenige die Seite wechseln. Das gilt sicherlich auch für höchstrangige Leute selbst unter den Megabankiers! Oberste Pflicht der Anti-Globalisten wäre es also – und diesem Gebot unterstehen auch all die anderen politisch tätigen Gruppen: sonstige Parteien, Naturschutzverbände, Dritte-Welt-Helfer, Kirchen, Gewerkschaften, usw. – , sich in die neuartige Thematik gründlich einzuarbeiten. Schriften und Bücher hierzu gibt es inzwischen reichlich.

Bei richtiger Vorgehensweise, d.h. bei richtiger Umgestaltung des jetzigen Geld- und Bodenrechts, würde es möglich, fast alle Fehlentwicklungen unserer Zeit umzukehren. Was immer es auch sei: Umweltverwüstung, Massenarbeitslosigkeit, krasse soziale Gegensätze, Völkermißachtung, Demokratieaushöhlung, Imperialismus – das große Friedenswerk könnte beginnen.

Noch etwas: Wer sich zu dieser neuartigen Währungsordnung bekennt, ist nach menschlichem Ermessen unangreifbar. Er kann eindeutig nachweisen, daß zuallererst er es ist, der sich – entsprechend den Forderungen des Grundgesetzes – für eine sozial gerechte, freiheitliche, demokratische und rechtstaatliche Grundordnung einsetzt; sogar in einem umfassenderen Sinne, als es die Väter des Grundgesetzes vermutlich für möglich gehalten hätten. Noch besser, man kann den Spieß umdrehen: Man kann unwiderleglich zeigen, daß gerade diejenigen, die sich heute so unversöhnlich als Dauerankläger und die „Anständigen“ gebärden, letztendlich die wahren Totengräber der Demokratie und anderer unveräußerlichen Rechte sind; daß sie zwar immerfort „Haltet den Dieb!“ schreien, in Wahrheit selber jedoch die Übeltäter sind.